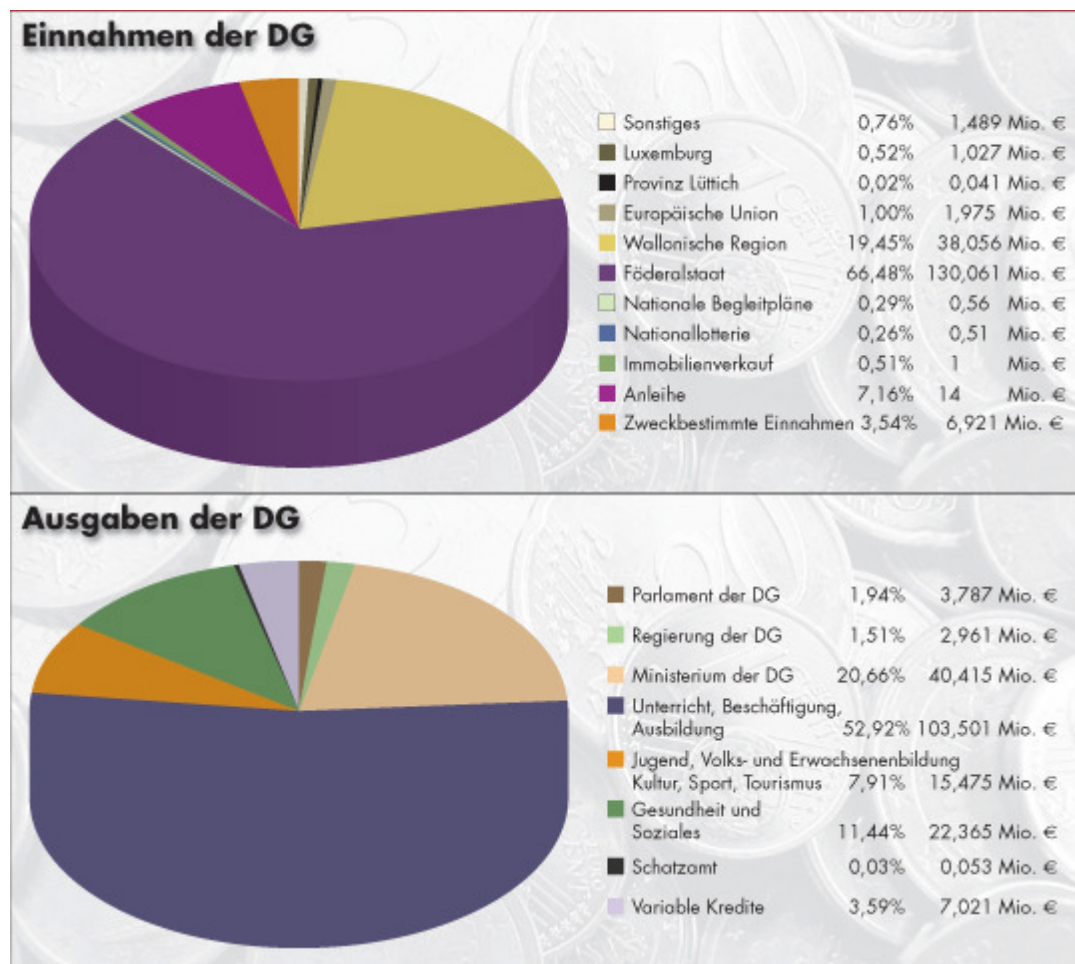


## Hier und Heute

[30.11.2009]

Haushalt 2010: 75 Mio. Euro für Gehälter im Unterrichtswesen - Fast 70 Prozent der Einnahmen kommen vom Föderalstaat

## Über die Hälfte für Bildung und Beschäftigung



Die Bereiche Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung bleiben das Kerngeschäft der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Von den knapp 189 Millionen Euro Einnahmen, von denen im Haushalt für 2010 ausgegangen wird, fließen fast 53 Prozent in diese Politikfelder. Innerhalb dieses »Core Business«, wie es in der Privatwirtschaft heißen würde, bildet das Unterrichtswesen den Löwenanteil. Nur zur Einordnung: Alleine 75 Millionen Euro sind vorgesehen, um Gehälter im Unterrichtswesen zu bezahlen.

Auf der Einnahmenseite dominiert unverändert - das liegt in der Natur der Sache bzw. in der Finanzierung der Gemeinschaften in Belgien - der Beitrag des Föderalstaates. Insgesamt, wenn man zur klassischen Dotation die Zusatzdotation für die Radiogebühren und die föderalen Mittel für Beschäftigung hinzurechnet, fließen 130 Millionen Euro vom Föderalstaat nach Eupen. Angesichts dieser Summe, die zwei Drittel des Einnahmenhaushaltes ausmacht, wird deutlich, wie abhängig die DG von der Dotation und von den so genannten Wirtschaftsparametern ist. Denn die Pauschale des Föderalstaates wird hauptsächlich auf Grundlage des Wirtschaftswachstums und der Inflation berechnet. Mit anderen Worten: Gerät die belgische Wirtschaft in eine Schiefelage, wie zuletzt im

Zuge der Weltwirtschaftskrise, verringern sich automatisch die Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.(boc)

## Hier und Heute

[30.11.2009]

PDG debattiert ab heute über den Etat 2010 - Beim Personal sparen, ohne Personal einzusparen - PPP-Projekt angepasst

# Start des Haushaltsmarathons: Lambertz ist »gespannt auf Nuancen«

Von Boris Cremer

**Heute um 17 Uhr beginnt im Parlament der DG die Debatte über den Haushalt 2010. Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) wird nicht mit zittrigen Knien auf der Regierungsbank Platz nehmen: »Ich erwarte keine großen Überraschungen«, so Lambertz, der aber »gespannt auf Nuancen« ist.**

Er werde genau auf die Töne und die Tonarten achten, die in der Debatte angeschlagen werden. Und hinhören wird Lambertz sicher vor allem, wenn am Rednerpult die Vertreter der Oppositionsparteien das Wort ergreifen. »Die Aussprache über die Regierungserklärung habe ich als konstruktiv und harmonisch empfunden. Jetzt bin ich neugierig, wie sich die einzelnen Fraktionen zu Beginn dieser Legislaturperiode positionieren werden.«

## Wahlsieg ohne PPP

Die Gemeinschaftsregierung musste gleich zum Start in ihre neue Amtszeit einen Spagat meistern. Bei der Ausarbeitung des Haushaltes 2010 galt es einerseits, den schwierigen Rahmenbedingungen der Wirtschaftskrise Rechnung zu tragen (die Einnahmen gehen drastisch zurück). Auf der anderen Seite soll die Qualität der Dienstleistungen (Unterricht, Soziales usw.) nicht unter dem Sparkurs leiden.

Der Hebel wurde sowohl bei den laufenden Ausgaben als auch bei den Infrastrukturvorhaben angesetzt. Im Dialog mit den Gemeinden wurde ausgelotet, welche Projekte später als ursprünglich geplant verwirklicht werden können.



Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz an seinem neuen Schreibtisch im Regierungsgebäude Gospert 42: »Wenn wir in den nächsten Jahren einen Einbruch erleben, dann werden wir mit der jetzigen Methode nicht mehr klarkommen. Dann müsste man einschneidendere Maßnahmen ergreifen.«

 Größeres Bild

Gleichzeitig wurden Korrekturen an jenem Bauprojekt vorgenommen, das alles, was es bisher an Infrastrukturvorhaben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gab, in den Schatten stellt: die acht Eupener Schulen, die im Laufe der kommenden vier Jahre im PPP-Verfahren entstehen sollen. Nach der ersten Bierrunde, die im Frühjahr dieses Jahres zu Ende ging, lief das Großprojekt auf Gesamtkosten in Höhe von 180 Millionen Euro hinaus - deutlich mehr, als die Regierung vorgesehen hatte. »Das lag vor allem daran, dass wir ziemlich viele Risiken auf den privaten Partner übertragen hatten.« Die Regierung zog deshalb die Reißleine und läutete eine zweite Bierrunde ein. »Wir haben uns damals gesagt: Dann müssen wir die Wahlen eben ohne das PPP gewinnen. Diese Verantwortung wollten wir als ausscheidende Regierung nicht übernehmen«, so Ministerpräsident Lambertz rückblickend.

Die vier privaten Partner erhielten eine neue Chance »mit mehr Präzisierungen unsererseits«. Die Planungs-, Finanzierungs-, Bau- und Betriebsrisiken wurden anders verteilt. So wurden die Kosten für die Gemeinschaft auf inzwischen veranschlagte 150 Millionen Euro gesenkt. Das ist noch immer viel Geld, und deshalb wird es im kommenden Frühjahr, wenn das Verhandlungsverfahren kurz vor dem Abschluss stehen wird, im PDG eine Debatte zu diesem Thema geben.

Die laufenden Ausgaben sollen 2010 im Vergleich zu 2009 um zwei Prozent gesenkt werden - und zwar ohne Stellen abzubauen. Beim Gemeinschaftspersonal werden Zugeständnisse, die im jüngsten Sozialabkommen verankert wurden, zeitlich nach hinten geschoben. »Das ist natürlich eine nicht sehr angenehme Art, und ich kann die Kritik der Gewerkschaften durchaus verstehen.« Es geht um eine Erhöhung des Urlaubsgeldes, eine Anhebung der Einstiegsgehälter um zehn Prozent und um eine »Verjüngung« der Gehaltstabellen.

### **Dotationen »gestutzt«**

Lambertz verspricht aber, diese in den Sozialverhandlungen zugesagten Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode - also bis 2014 - in die Tat umzusetzen. Bei den so genannten paragemeinschaftlichen Einrichtungen (u.a. Arbeitsamt, BRF, Dienststelle für Personen mit einer Behinderung) wird die Dotation um zwei Prozent gekürzt - verbunden mit der Zusage, 2011 ein Prozent draufzulegen. Ab 2012 ist die Dotation dann wieder Verhandlungssache.

Mit diesem Maßnahmenpaket - »Ummodellierung« des Infrastrukturprogramms und Reduzierung der laufenden Ausgaben um zwei Prozent - hofft die Regierung, die negativen Folgen der Wirtschaftskrise auffangen zu können. Dies werde aber, so Lambertz, nur gelingen, wenn es bei den Wirtschaftsparametern Wachstum, Inflation) keine bösen Überraschungen gibt. »Wenn wir in den nächsten Jahren einen Einbruch erleben - das müssen nicht viele Prozente sein - , dann werden wir mit der jetzigen Methode nicht mehr klarkommen. Dann müsste man einschneidendere Maßnahmen ergreifen.«